

Stellungnahme der Matreier Liste

zu den Bedingungen der Tiroler Landesregierung, der Marktgemeinde Matrei i. O. nach den Richtlinien für die Gewährung von Bedarfszuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände (§ 12 Abs. 5 Finanzausgleichsgesetz 2017) eine Bedarfszuweisung zur Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt zu gewähren.

Voraussetzung dafür ist ein Beschluss des Gemeinderates zu folgendem Tagesordnungspunkt (TOP 5 lt. Einladung zur Gemeinderatssitzung vom 23.10.2019):

Antrag der Marktgemeinde Matrei in Osttirol auf Gewährung von Bedarfszuweisungen vom 17.09.2018 (zur Wiederherstellung oder Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes im Haushalt gemäß § 12 und § 13 Abs. 2 des Finanz-Verfassungsgesetzes 1948, idgF., sowie gemäß §12 Abs. 5 des Finanzausgleichsgesetzes 2017, idgF. – Geschäftsordnungsgemäß zu unterfertigte Verpflichtungserklärung, mit zu erfüllenden Bedingungen und zu erbringenden Nachweisen gegenüber der Tiroler Landesregierung per gesondertem GR.-Beschluss für die Auszahlung)

Die Matreier Liste kann diesem Antrag nur mit für uns wesentlichen Ergänzungen zustimmen:

Wir fordern eine viel umfassendere Offenlegung der finanziellen Situation der Marktgemeinde Matrei.

Zu den Fakten:

Der Prüfbericht der BH-Lienz von 2018 hat sämtliche Vorwürfe, die wir gegenüber der Finanzverwaltung der Gemeinde seit Jahren erhoben haben, voll inhaltlich bestätigt. Die Marktgemeinde Matrei ist nach diesem Bericht als voll- bzw. überschuldet zu bezeichnen. Dem Gemeinderat wurden Jahresrechnungen, die „eine systematische Verbesserung der Finanzlagendarstellung“ (siehe Prüfbericht) durch die nicht den Vorschriften entsprechende Verbuchung von einmaligen Einnahmen als laufende Einnahmen und andere Unregelmäßigkeiten trotz mehrmaliger Aufforderung der Aufsichtsbehörden, diese Fehlzusammenhänge in der Buchhaltung zu korrigieren, präsentiert.

Die finanzielle Lage der Marktgemeinde ist äußerst angespannt (und das schon seit Jahren) und die avisierten Abdeckungskonzepte haben zu keiner Verbesserung der Finanzlage der Marktgemeinde geführt. Die Einnahmerückstände werden nicht mit letzter Konsequenz eingebracht und die Ausgabenrückstände sind nach wie vor exorbitant hoch. Auch in der Liste Einnahmerückstände werden uneinbringliche Forderungen jahrelang mitgeschleppt, obwohl diese laut Prüfbericht umgehend auszubuchen wären. Außerdem wird das Mahn- und Klagswesen weder aktuell noch vollständig noch korrekt geführt. Es wird festgestellt, dass massive Zahlungsrückstände und -stockungen der Marktgemeinde Matrei vorhanden sind. Die Marktgemeinde kann allgemeine Ausgaben sowie Pflichtausgaben nur aufgrund von außer- und überplanmäßigen Einnahmen zum Teil nur stark zeitverzögert bzw. nur teilweise bedienen.

Gemeinde- und Landespolitik sind gefordert

Die Konsequenz daraus ist, dass wir jetzt vor einem gewaltigen Scherbenhaufen stehen, der dem Steuerzahler noch sehr viel Geld kosten wird.

Wir stellen uns in diesem Zusammenhang natürlich die Frage, warum vor allem im Sinne des verantwortungsvollen Umgangs mit öffentlichen Geldern nicht schon viel früher diese

Entwicklung, die von uns laufend aufgezeigt und der Aufsichtsbehörde zur Kenntnis gebracht wurde, erkannt und warum nicht rechtzeitig eingegriffen wurde. Die Schuld ausschließlich bei der Gemeinde zu suchen, ist zu kurz gegriffen. Von Seiten des Landes hat man aus uns unverständlichen Gründen viel zu lange untätig zugeschaut.

Wir verweisen in diesem Zusammenhang auf die Aufsichtsbeschwerden, die die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte der Matreier Liste in ihrer Verantwortung gegenüber den Matreierinnen und Matreiern mehrfach eingebracht haben. Zudem erinnern wir daran, dass wir der Genehmigung der Jahresrechnungen seit 2010 aus diesen Gründen selbstverständlich nicht zustimmen konnten. (Abstimmungsergebnisse in allen Jahren 9:8)

Unsere Lösungsansätze:

Eine alleinige Gewährung von Bedarfszuweisungen wird und kann unserer Ansicht nach im Sinne einer nachhaltigen Vorgangsweise das Problem nicht lösen.

- Unserer Meinung nach braucht es zuallererst eine Erhebung des Status quo, das bedeutet einen **Kassasturz**, eine schonungslose, umfassende Aufarbeitung der finanziellen Situation, um überhaupt einen Überblick über die tatsächliche finanzielle Situation der Gemeinde zu bekommen. Es müssen endlich alle Karten auf den Tisch. Das bedeutet, Projekte, die sich derzeit in Umsetzung befinden, müssen auch von der Prüfung miteingefasst werden.
- Im zweiten Schritt müssen ganz dringend **strukturelle Veränderungen im Gemeindehaushalt** erarbeitet und umgesetzt werden. Der offiziell von der BH Lienz ermittelte Verschuldungsgrad der Gemeinde liegt im besten Fall bei 106%, im Durchschnitt der letzten 3 Jahre bei 134%, realistischere aber wesentlich höher! Die Gemeindeführung wird seit Jahren von der Aufsichtsbehörde aufgefordert, einen Sanierungsplan zu erstellen. Trotzdem verbessert sich die Finanzlage der Gemeinde lt. Prüfbericht der BH Lienz nicht. Es geht dabei um grundlegende Veränderungen, die alle Bereiche der Gemeinde betreffen müssen. Wir hoffen, dass es im Sinne einer nachhaltigen Verbesserung der Lage von Seiten des Landes nicht allein bei der Gewährung von Bedarfszuweisungen bleibt. Matrie hat zukünftig große Herausforderungen zu meistern. Die Zeit drängt, wir brauchen ein **tragfähiges, ehrliches Sanierungskonzept**. Matrie kann sich keine längere Zeitspanne absoluten Stillstandes leisten, wenn es eine lebenswerte Gemeinde bleiben will und wenn dieser Gemeinde eine wirtschaftlich gesunde Zukunft ermöglicht werden soll.
- Weiters fordern wir eine **Klärung der Verantwortlichkeiten**. Es geht immerhin um Millionen an Steuergeldern, die zur Sanierung vom Land bereitgestellt werden müssen. Die Steuerzahler haben ein Recht darauf, erfahren zu können, dass ihre Gelder nicht in einem Fass ohne Boden verschwinden. In diesem Zusammenhang verweisen wir darauf, dass die wesentlichen Beschlüsse (Genehmigung der Jahresrechnungen, Beschlüsse zur Ermächtigung des Bürgermeisters zu Aufnahmen von (UNGESETZLICHEN) Kontokorrentrahmen usw.) mit einem Abstimmungsergebnis von 9:8 (also mit den Stimmen der Bürgermeisterliste) gefasst wurden. Unser Stimmverhalten, dessen sachliche Richtigkeit nun deutlich ist, wurde dabei als „Verhinderungspolitik“ apostrophiert. Vorschläge, Abänderungsanträge wurden meist mehrheitlich abgewiesen. Ein weiteres Mal weisen wir an dieser Stelle auf den unserer Ansicht nach untragbaren Zustand hin, dass der Prüfungsausschuss, ein wichtiges Kontrollorgan der Gemeinde, von einem Gemeinderat der Bürgermeisterliste geleitet wird.

Ergänzend zum vorliegenden Antrag stellen wir daher diesen Abänderungsantrag:

ABÄNDERUNGSANTRAG

- 1) Die Matreier Liste fordert einen **Kassasturz** durch die Gemeindeaufsichtsbehörde, im Zuge dessen **wirklich alle offenen Rechnungen und Verpflichtungen** erfasst werden. Besonderes Augenmerk sollte dabei auf die genaue Listung der Ausgabenrückstände, die zur Zeit der Prüfung 3,35 Mio Euro betragen und sich in der Zwischenzeit sicherlich deutlich erhöht haben, auf die offenen Beiträge an Straßeninteressentschaften und auf Verpflichtungen aus offenen Grundtransaktionen gelegt werden.

Da der aktuelle Prüfbericht folgende aktuelle Projekte nicht zur Gänze berücksichtigt, fordert die Matreier Liste

- a) eine **Sonderprüfung der Gesamtkosten und der Finanzierung** (Bedarfszuweisungen, Förderungen, Anschlussgebühren) der Abwasserentsorgungsanlage **Tauernhaus und Innergschlöß**, wobei besonders die Aspekte der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit in der Abwicklung zu kontrollieren sind. Zum wiederholten Mal verlangen wir eine genaue Kostenaufstellung zum genannten Projekt.
 - b) eine **Sonderprüfung der Finanzierung und der Kosten sämtlicher Umbauarbeiten im Rathaus**, die 2017 und 2018 getätigt wurden, insbesondere eine Aufstellung über die Kostenübernahmen durch den TVB Osttirol, über die Landesförderungen und über die Kosten, die die Gemeinde Matriei selbst zu tragen hat.
 - c) Einige **Straßeninteressentschaften** in Matriei warten schon Jahre auf die ihnen zustehenden **Gemeindebeiträge**. Hier handelt es sich um Verbindlichkeiten der Gemeinde, die in der Gemeindebuchhaltung nirgends aufscheinen. Wir beantragen eine genaue Überprüfung dieses Sachverhaltes sowie eine Auflistung der Außenstände. Auf die zweckmäßige Verwendung von GAF-Mitteln für Elementarschäden soll besonderes Augenmerk gelegt werden.
- 2) Die Gewährung von Bedarfszuweisungen des Landes an die Gemeinde Matriei können nur Teil eines Sanierungskonzeptes sein, niemals die Sanierung selbst. Es fehlt daher noch immer ein plausibles Konzept, um Matriei aus der derzeitigen Situation führen zu können. Wir fordern möglichst zeitnah die Erarbeitung eines **realistischen, tragfähigen Sanierungskonzeptes**.
 - 3) Wir stellen auch die **Frage nach der Verantwortung** für die momentane Finanzlage und fordern Klärung. Wer behördliche Auflagen jahrelang ignoriert, setzt sich offensichtlich in vollem Bewusstsein über Gesetze und Anordnungen hinweg. Es muss Ursachenforschung betrieben werden, warum sämtliche Kontrollmechanismen versagen und eine systematische Verbesserung der Finanzlagendarstellung sanktionslos bleibt.